





Allgemeine Unfallversicherungsanstalt Hauptstelle

An das
Bundeskanzleramt
Minoritenplatz 3
1014 Wien

Ihr Zeichen
BKA-920.196/0005-
III/1/2013

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
HGD-959/13
HGR-1482/13 – ST 8.3
Dr. Thomas Pfeiffer 
 Thomas.Pfeiffer@auva.at

Datum
06.11.2013

Betrifft:

Stellungnahme zum Entwurf für eine Dienstrechts-Novelle 2013 – Änderung des Bundes-Bedienstetenschutzgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt begrüßt grundsätzlich die Anpassung des B-BSG an die Novelle des ASchG.

Es ist jedoch unbedingt erforderlich, auch das Übergangsrecht zum B-BSG (9. Abschnitt des B-BSG) der zwischenzeitlich mehrfach geänderten Rechtslage anzupassen. Obsolete und gegenstandslos gewordene Bestimmungen des Übergangsrechts sind auch formell anzupassen oder – wo dies möglich ist – überhaupt zu streichen.

Die umfassende Aktualisierung auch des Übergangsrechts dient nicht nur der Vereinfachung des 9. Abschnitts, sondern sie ist auch für die rechtssichere und friktionsfreie Anwendung des B-BSG notwendig.

Zu § 94 B-BSG:

Der Abs 3 sollte folgende Fassung erhalten:

- (3) § 3 der Verordnung BGBl. Nr. 696/1976 gilt mit der Maßgabe, dass der Verweis auf besondere ärztliche Untersuchungen gemäß der Verordnung BGBl. Nr. 39/1974

durch einen Verweis auf Eignungsuntersuchungen und Folgeuntersuchungen nach der Verordnung der Bundesregierung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz (B-VGÜ), BGBl. II Nr. 15/2000, ersetzt wird.

Seit 1.2.2000 ist die Verordnung der Bundesregierung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz (B-VGÜ) in Kraft und hinsichtlich des § 94 Abs 3 B-BSG maßgeblich.

Zu § 98 B-BSG:

Der geltende Abs 8 lautet:

(8) Soweit die in Abs. 2 bis 5 angeführten Bestimmungen Vorschriften über die Konstruktion, den Bau und weitere Schutzmaßnahmen einschließlich der Mitlieferung von Beschreibungen und von Bedienungs- und Wartungsanleitungen enthalten, sind sie nicht anzuwenden auf Arbeitsmittel, für die die nachstehenden Vorschriften gelten. Diese Arbeitsmittel dürfen nur benutzt werden, wenn sie den Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen der jeweils für sie geltenden nachstehend angeführten Rechtsvorschriften entsprechen. Die Verpflichtung des Dienstgebers zum Aushang von mitgelieferten Bedienungs- und Wartungsanleitungen wird hiedurch nicht berührt. Dies gilt für folgende Vorschriften:

1. der II. Abschnitt der Aufzüge-Sicherheitsverordnung (ASV), BGBl. Nr. 4/1994, über das Inverkehrbringen und Ausstellen, oder der II. Abschnitt der Aufzüge-Sicherheitsverordnung 1996 – ASV 1996, BGBl. Nr. 780, über das Inverkehrbringen und Ausstellen,
2. die Niederspannungsgeräte-Verordnung 1993 – NspGV 1993, BGBl. Nr. 44/1994,
3. die Maschinen-Sicherheitsverordnung – MSV, BGBl. Nr. 306/1994,
4. die Flurförderzeuge-Sicherheitsverordnung – FSV, BGBl. Nr. 307/1994,
5. die Schutzaufbauten-Sicherheitsverordnung – SSV, BGBl. Nr. 308/1994,
6. die Einfache Druckbehälter-Verordnung, BGBl. Nr. 388/1994,
7. die Gasgeräte-Sicherheitsverordnung – GSV, BGBl. Nr. 430/1994,
8. die Niederspannungsgeräte-Verordnung 1995 – NspGV 1995, BGBl. Nr. 51,
9. die Verordnung über die Aufstellung und den Betrieb von Dampfkesseln – ABV, BGBl. Nr. 353/1995.

Der Abs 8 ist gegenstandslos, da inzwischen (seit 2002) die B-AM-VO alte wie neue Arbeitsmittel regelt. Im Übrigen sind die verwiesenen Abs 3, 4 und 5 des § 98 außer Kraft getreten. Abs 8 sollte aufgehoben werden.

Zu § 101 B-BSG:

Der geltende Abs 3 lautet:

(3) § 65 Abs. 4 tritt erst mit Inkrafttreten einer Verordnung nach diesem Bundesgesetz über die Grenzwerte (Auslöseschwellen) für die Schutzmaßnahmen in Kraft. Bis zu diesem Zeitpunkt gelten § 17 Abs. 1 bis 3 und § 51 Abs. 1 und 3 AAV als Bundesgesetz.

§ 17 Abs 1 bis 3 und § 51 Abs 1 und 3 AAV traten gemäß § 3 Abs 4 B-VOLV außer Kraft.

Der § 101 Abs 3 B-BSG sollte daher entsprechend angepasst werden. Der zweite Satz wäre ersatzlos zu streichen. Diese Vorgangsweise entspricht im Übrigen auch der bei ASchG-Novellierungen angewandten Methode.

Der geltende Abs 5 Ziffer 7 lautet:

...

7. § 73 AAV bis zum Inkrafttreten einer Verordnung nach diesem Bundesgesetz, die in Durchführung des § 71 Abs. 1 die Arbeitskleidung regelt.

§ 73 Abs 2 zweiter Satz AAV wurde durch § 3 Abs 5 Z 1 B-VEXAT aufgehoben. Die Ziffer 7 sollte daher entsprechend angepasst werden. Hier sollte dem Beispiel der ASchG-Novelle gefolgt werden.

Zu Abs 6 wird darauf hingewiesen, dass diese Bestimmung gleichlautend mit § 113 Abs 6 ASchG ist. Die Anwendung des § 113 ASchG wird bereits in § 101 Abs 1 B-BSG ausgesprochen.

Zu § 102 Abs 3:

Diese Bestimmung ist seit Mitte 2002 gegenstandslos. Sie regelte die Überleitung der Gefahrenklassenverordnung, BGBl Nr 637/1995. Inzwischen gilt eine neue Gefahrenklassen-Verordnung (BGBl II Nr 239/2002) in der Fassung der Verordnung BGBl II Nr 221/2006.

§ 102 Abs 3 sollte aufgehoben werden.

Zu § 104 B-BSG:

Der geltende Abs 1 lautet:

Soweit Bestimmungen der Allgemeinen Dienstnehmerschutzverordnung (ADSV) oder der Allgemeinen Arbeitnehmerschutzverordnung (AAV) auf Grund dieses Bundesgesetzes anzuwenden sind, gilt die Maßgabe, dass ...

Bestimmungen der Allgemeinen Dienstnehmerschutzverordnung sind im Bundesbedienstetenschutz nicht mehr relevant. Frühere Bezugnahmen auf die ADSV (in § 95 Abs 2, § 96 und § 97 Abs 2 B-BSG) wurden 2003 aufgehoben.

Die Nennung der Allgemeinen Dienstnehmerschutzverordnung (ADSV) in Abs 1 soll daher entfallen.

Abschließend wird angeregt, die Ressortbezeichnungen im gesamten B-BSG zu überprüfen und möglichst der kommenden Ressortverteilung anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Generaldirektor

i.V.



Dir. Dr. Helmut Köberl